Kursverfall

Japan wird zum Niedriglohnland

Der Kursverfall des Yens lässt die Lohnkosten im Vergleich weiter sinken. Das macht den Standort attraktiver – zumal die Probleme in China zunehmen.

Martin Kölling Tokio

Lange galt Japan als Hochlohnland, doch Jahrzehnte der Deflation und ein jüngst drastischer Kursverfall des Yens machen die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt für Arbeitgeber zum günstigen Standort. „Ein in Tokio ansässiger Softwareingenieur ist jetzt 30 Prozent billiger als einer in Vietnam, ganz zu schweigen vom Silicon Valley“, rechnet Jesper Koll vor, ein in Japan ansässiger Volkswirt und Direktor des Onlinebrokers Monex Securities.

Der Yen ist auf Jahressicht zum US-Dollar um 18 Prozent eingebrochen, zum Euro um gut fünf Prozent. Das lässt die Kosten in Japan im Vergleich weiter fallen – gepaart mit Wettbewerbsvorteilen wie stabilen Rahmenbedingungen, guter Infrastruktur und hochqualifizierten Arbeitskräften. Koll erwartet deshalb eine „Investitionswelle“, die auf Japans Dienstleistungsunternehmen und Arbeitskräfte abzielt, nachdem Geschäftsleute seit Juni wieder freier einreisen dürfen. „Die aktuelle Yen-Schwäche stellt eine wichtige Chance dar, Japans Dienstleistungssektor in die Weltwirtschaft zu bringen.“

Auch die Statistiken des Japanischen Instituts für Arbeit (JIL) belegen die niedrigen Lohnkosten in Japan. Danach verdiente ein japanischer Beschäftigter in der Informations- und Kommunikationstechnik im Jahr 2020 im Schnitt monatlich 491.150 Yen. Das sind nach aktuellem Wechselkursen 3430 Euro. In Deutschland sind es 5790 Euro, in den USA 6650 Euro (7028 Dollar).

Auch bei Industriearbeitern ist der Unterschied immens: Ihr Monatslohn lag dem JIL zufolge bei umgerechnet 2640 Euro, in den USA bei 4780 Euro und in Deutschland bei 4598 Euro. Denn in Japan haben die Unternehmen die Löhne seit 1995 im Gegensatz zur Konkurrenz in vielen anderen Ländern kaum noch erhöht.

An Attraktivität gewinnen

So könnte Asiens älteste Industrienation bei der Reorganisation der Lieferketten als Produktionsstandort für Hardware, Software und digitale Dienstleistungen attraktiv werden, sagen Experten und Praktiker. Zumal das bisher dominierende Investitionsziel China mit immer mehr Problemen infolge seiner Null-Covid-Politik, einer unkalkulierbaren Regulierungspolitik und der Entkopplung von den USA an Attraktivität verliert.

Chihiro Tamura, die bei der japanischen Außenhandelsorganisation Jetro für Neuansiedlungen zuständig ist, bemerkt bereits etwas mehr Interesse am Standort Japan. „Die Zahl von Firmen, die in Japan investieren, erhöht sich noch nicht drastisch, aber immer mehr ausländische Unternehmen schauen, welches asiatische Land am besten für eine Ansiedlung ist“, sagt Tamura. „Früher fiel die Wahl dann fast immer auf China, aber mit dem wachsenden politischen Risiko rückt nun oft auch Japan in den Fokus.“

Auch die jüngste Mitgliederumfrage der Deutschen Auslandshandelskammer in Tokio, die dem Handelsblatt exklusiv vorab vorliegt, zeigt eine gestiegene Anziehungskraft der weltweit drittgrößten Volkswirtschaft. „Japan gewinnt zunehmend an Boden als asiatischer Hauptsitz deutscher Unternehmen“, sagt Kammerchef Marcus Schürmann dem Handelsblatt. Mit 22 Prozent der Nennungen rangiert das Land als Asienzentrale der befragten Unternehmen erstmals vor China und Singapur.

Das hat auch viel mit den wachsenden Risiken im Chinageschäft zu tun. Durch die Unterstützung Russlands im Ukrainekrieg sowie die fortschreitende Entkopplung verliere China als bevorzugte Hauptquartierfunktion an Boden, urteilt Schürmann. In einer Umfrage der Europäischen Handelskammer in China hatten kürzlich 23 Prozent der befragten Unternehmen angegeben, bestehende Aktivitäten oder neue Investitionen in andere Länder zu verlagern.

Japan hofft auch auf die Ansiedlung ausländischer Fabriken. Taiwans Chipkonzern TSMC baut beispielsweise mit staatlichen Subventionen und Investitionen von Partnern wie Sony und dem Automobilzulieferer Denso derzeit ein Halbleiterwerk für die örtliche Nachfrage. Der heimische Technikkonzern Panasonic rüstet eine alte Batteriefabrik auf, um neue Akkus für den US-Elektroautohersteller Tesla zu fertigen.

Japans größte Wettbewerbsvorteile sind der AHK-Umfrage zufolge mit mehr als 90 Prozent der Nennungen soziale und wirtschaftliche Stabilität, zuverlässige und langfristige Geschäftsbeziehungen, die hochentwickelte Infrastruktur mit pünktlichen Lieferungen und schnellem Internet sowie hochqualifizierte Arbeitskräfte. Das Land ist weiterhin einer der größten Patentanmelder, die jungen Japaner sind offen, für ausländische Firmen zu arbeiten.

Die Regierungen in Washington, Berlin und vielen anderen Ländern sehen in Japan zudem einen vertrauenswürdigen Partner beim Aufbau der Lieferketten. Diese politischen Faktoren würden in der angespannten Weltlage bedeutender, sagt Martin Schulz, Chefvolkswirt des Technikkonzerns Fujitsu. Das gelte nicht nur für japanische, europäische und amerikanische Unternehmen. „Selbst größere asiatische Unternehmen in Ländern wie Thailand und Südkorea müssen sehen, wie sie sich global sicher aufstellen,“, meint Schulz. „Da kann Japan eine erhebliche Rolle spielen, im Bereich digitaler Dienstleistungen und Produkte sogar eine weit größere als im verarbeitenden Gewerbe.“

Allerdings müssen Arbeitgeber gute Englischkenntnisse bei Managern extra honorieren, warnt Markus Schädlich, Managing Partner von CBI Partners, einer operativen Beratungsgesellschaft für ausländische Firmen in Japan. Dann zahle man für Manager oft ähnlich viel oder sogar mehr als in Deutschland oder anderen asiatischen Ländern. Um finanziell die Vorteile Japans zu nutzen, kommt es daher darauf an, eine international versierte Managerschicht mit relativ günstigen lokalen Arbeitskräften zu kombinieren.

Hebelwirkung nutzen

Nicht zuletzt dürfte das asiatische Freihandelsabkommen RCEP, das Anfang des Jahres in Kraft getreten ist, die Attraktivität des Standorts Japan weiter erhöhen, sagt Ong Siew-wei, Chefin von Schenker-Seino, dem japanischen Arm des deutschen Logistikkonzerns DB Schenker. Das Abkommen vereint erstmals China, Japan und Südkorea in einem Zollbund und könnte in Ongs Augen die Region in eine große Fabrik umwandeln – zu Japans Vorteil.

„Das Land hat ein enormes Potenzial, um mehr Produktion anzuziehen – und das ist etwas, was die japanische Regierung auch sehr unterstützt“, sagt Ong, die aus Singapur stammt und auch in China gearbeitet hat. „Ich denke, in vielen Ländern ist ‚made in Japan‘ ein Qualitätsbeweis, dessen Hebelwirkung in der Zukunft mehr und mehr asiatische und globale Unternehmen nutzen wollen.“

Für deutsche Firmen in Japan ist auch das sogenannte Drittmarktgeschäft von Japan aus wichtig. Denn Japans Unternehmen treffen oft weiterhin viele Entscheidungen in der Heimatzentrale. So können ausländische Firmen über die Zentrale Geschäfte in anderen Auslandsmärkten generieren. Der AHK-Umfrage zufolge führen 58 Prozent der Unternehmen über ihre japanischen Landesniederlassungen Geschäfte mit japanischen Firmen in anderen Ländern durch, besonders in Südostasien. Für 43 Prozent der Firmen war dieses sogenannte Drittmarktgeschäft sogar 300 Prozent höher als der direkte Umsatz in Japan.

Die deutschen Unternehmen in Japan sind überwiegend optimistisch, denn viele können in ihren Nischen weiter wachsen, auch wenn die Volkswirtschaft insgesamt lahmt. Drei Viertel der 115 teilnehmenden Firmen in der AHK-Umfrage planen für 2022 mehr Umsatz ein, 55 Prozent mehr Gewinn und 47 Prozent höhere Investitionen. Nur drei Prozent wollen Personal abbauen. Noch optimistischer sehen sie die Entwicklung im kommenden Jahr.



Bloomberg

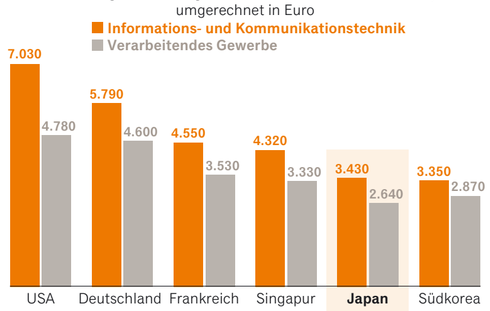
Tokio: Hochentwickelte Infrastruktur, schnelles Internet, qualifizierte Arbeitskräfte.

Japan: Attraktiver Produktionsstandort

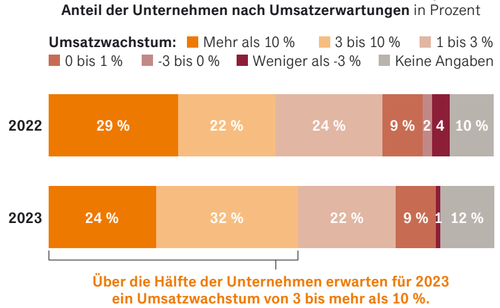
Japanischer Yen: Wechselkurs in US-Dollar



Monatsgehälter ausgewählter Länder im Durchschnitt, umgerechnet in Euro



Geschäftsaussichten deutscher Unternehmen in Japan: Anteil der Unternehmen nach Umsatzerwartungen in Prozent



HANDELSBLATT

Quellen: Bloomberg, Japanisches Institut für Arbeit, German Chamber of Commerce and Industry in Japan, KPMG

Russische Impressionen

Russland – ein Land der Mitläufer

Gehorsam, Loyalität, Pragmatismus: Das Volk macht es sich im Alltag der Staatspropaganda bequem. Das erinnert an ein anderes Regime.

Die Nazi-Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs waren beispiellos, weshalb wir uns vor umfänglichen historischen Vergleichen hüten sollten. Aber dennoch sehe ich gewisse Schnittpunkte. Je länger dieser Krieg andauert und je mehr Opfer er fordert, desto offensichtlicher werden die Parallelen zwischen dem nationalen Führer Wladimir Putin, wie er in Russland genannt wird, und Adolf Hitler.

Das betrifft vor allem die Rhetorik und den Umgang mit dem eigenen Volk. So sprach Adolf Hitler im März 1938 Österreich das Recht auf Eigenstaatlichkeit ab und erklärte, warum dessen Anschluss unausweichlich war. Die vorherige österreichische Regierung habe versucht, „die Bildung eines wahrhaft großen Deutschen Reiches zu verhindern und damit den Weg in die Zukunft des deutschen Volkes zu verriegeln“. Im Februar 2022 argumentierte Putin ähnlich, als es darum ging, seine „militärische Spezialoperation“ auf dem Gebiet des „künstlichen“ ukrainischen Staates zu rechtfertigen: „Die Ukraine ist für uns nicht nur ein Nachbarland. Sie ist ein integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, Kultur, unseres spirituellen Raums.“

> Um unbeschwert weiterzuleben, reicht die Loyalität gegenüber dem Regime.

Die Parallelen zum Dritten Reich zeigen sich in diesen Monaten auch in einem anderen Punkt: Die Mehrheit der Bevölkerung muss sich nicht quälend mit dem Thema Kriegsverbrechen befassen. Um unbeschwert weiterzuleben, reicht die Loyalität gegenüber dem Regime. Es reicht aus, nicht darüber nachzudenken, womit die Armee des eigenen Landes im Nachbarstaat beschäftigt ist.

Für einen Menschen, der diese Mischung aus blindem Gehorsam und Alltagspragmatismus zeigt, gibt es spätestens seit den 1940er-Jahren im Deutschen einen Begriff: „Mitläufer“. Die russische Sprache muss noch ein passendes Wort für dieses Phänomen erfinden. Ein Beispiel ist das Verhalten von Lehrern in der Stadt Klin, eine Autostunde von Moskau entfernt. Neulich erhielt die Leitung der Schule eine E-Mail, die angeblich von der regionalen Abteilung der Regierungspartei „Einiges Russland“ versandt wurde. Der Brief forderte die Pädagoginnen und Pädagogen dazu auf, einen Subbotnik – einen unbezahlten Arbeitseinsatz auf dem Schulhof – unter dem Motto „Arbeit macht frei“ zu veranstalten. In der E-Mail waren bevorzugte Slogans für die Plakate angegeben, unter anderem: „Ein Volk, ein Staat, ein Führer.“ Gemäß den Empfehlungen schickten die Lehrer der Schule als Antwort einen Fotobericht der Veranstaltung an die Parteiabteilung.

Hinter der Aktion stand jedoch keine lokale Parteiinitiative, sondern ein vom weißrussischen politischen Künstler Wladislaw Bokhan inszenierter Streich. Seine Wahl sei nicht zufällig auf Schulen gefallen, erklärte er. Nach vielen Jahren der Krise im kaputtgesparten russischen Bildungswesen arbeiteten nun in den Klassenzimmern völlig ungeeignete Lehrer; sie seien weder dazu in der Lage, Kindern Wissen zu vermitteln noch gelänge es ihnen, deren Denkvermögen zu entwickeln.

Stattdessen verbreiteten diese Lehrer „Hurra-Patriotismus“ und hätten zugleich Angst vor den Behörden, so die Kritik. Ausgerechnet diese gehorsamen Pädagoginnen und Pädagogen sind es, die im heutigen Russland für die Arbeit in Wahllokalen rekrutiert werden – und gern die Verantwortung für Fälschungen bei der Stimmenauszählung tragen.

Solche „Mitläufer“ begegnen einem in der gesamten russischen Gesellschaft, unabhängig von Schicht und Bildung. Ein weiteres Beispiel ist der Direktor der St. Petersburger Eremitage, Mikhail Piotrowski. Er ist Leiter eines der größten Kunstmuseen der Welt. Und er ist Europäer, der eine Politik des „multikulturellen Globalismus“ vertrat. Kürzlich aber gab er ein Interview für die staatliche Zeitung „Rossijskaja Gazeta“, das staunen ließ. Er sei unglaublich stolz darauf, dass „alle Russen Imperialisten und Militaristen sind“, dass „unser Staat eine große globale Wende durchführt und jeder von uns ihn unterstützen muss“. Es schien fast seltsam, dass er sein Interview nicht mit Kritik an enterteter westlicher Kunst beendete.

Die Worte wären nicht überraschend, kämen sie über die Lippen eines der vielen nationalistisch gesinnten russischen Abgeordneten. Doch Piotrowski galt früher als die Verkörperung der alten russischen Intelligenzija, gewissenhaft, liberal und weltoffen. Er war Teil des Milieus, auf dem die Zivilgesellschaft Russlands basierte. Intellektuelle wie er begreifen, was ihre Worte bewirken.

Was bedeuten diese Anbiederungsversuche? Was bedeutet dieses Mitläufertum? Was bedeutet jener „gewöhnliche Faschismus“, wie es der sowjetische Filmregisseur Michail Romm 1965 in seinem gleichnamigen Kultfilm ausdrückte? Zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs suchte Romm nach einer Antwort auf die Frage, was Menschen dazu bringt, den Faschismus zu bejahen. Ein halbes Jahrhundert später ist das Thema wieder brandaktuell, lassen sich die von Romm sezierten Mechanismen in Russland überall beobachten. Es ist beängstigend.



Der russische Journalist **Konstantin Goldenzweig** schreibt für das Handelsblatt wöchentlich die Kolumne „Russische Impressionen“. Noch vor Kurzem arbeitete er bei Doschd, dem letzten unabhängigen russischen TV-Sender. Im März 2022 floh er aus Moskau, um aus Georgien weiterzuarbeiten.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com